



Mitteilung

Amt: Zentrale Steuerung und Service
Vorl.Nr.: M/2016/0122
Datum: 02.03.2016

TOP: _____
Anlage Nr.: _____

Gremium	Sitzung am	Öffentlich / nicht öffentlich
Ausschuss für Generationen, Soziales und Integration	15.03.2016	öffentlich

Tagesordnung

Sachstand Gesundheitskarte

Mitteilungstext

In der Sitzung des Ausschusses für Generationen, Soziales und Integration vom 20.10.2015 wurde die Verwaltung unter TOP 1.2 (Einführung der Gesundheitskarte für Flüchtlinge in Hennef) beauftragt, Verhandlungen mit dem Rhein-Sieg-Kreis aufzunehmen.

Der Rhein-Sieg-Kreis vertritt die Auffassung, dass die Abrechnung der Leistungen über die elektronische Gesundheitskarte (eGK) nicht über die bestehende öffentlich-rechtliche Vereinbarung aus dem Jahre 2007 (Prinzip der Solidargemeinschaft) gedeckt ist. Da der Leistungsrahmen der eGK über dem in der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung liegt. Deshalb sei bei Einführung der eGK die Kündigungsfrist der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen den Kommunen und dem RSK einzuhalten. Aus Sicht des Rhein-Sieg-Kreises hat sich das bisherige Solidarsystem bewährt und empfiehlt das einheitliche System beizubehalten. Laut Auskunft des RSK hat bislang keine Kommune die öffentlich-rechtliche Vereinbarung aus dem Jahre 2007 gekündigt. Lediglich die Stadt Bornheim hat mittels Ratsbeschluss die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte beschlossen. Diese Einführung wird jedoch noch nicht umgesetzt.

Hennef (Sieg), den
In Vertretung